

Kanzler fremder Gnaden



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

In Deutschland sind die Koalitionsverhandlungen kläglich gescheitert, bevor sie begonnen haben. Bei uns verkaufen Sebastian Kurz und Heinz-Christian Strache kleine Häppchen als großen Zwischenbericht, doch wird es wohl zu einer ÖVP/FPÖ-Koalition kommen. Was jedoch wären die Alternativen? Zum Beispiel eine Minderheitsregierung mit einem Kanzler, der von der Opposition jederzeit abgesetzt werden kann?



Alternative Regierungsformen: Die Parlamente in Italien (o.) und Griechenland sind keine Muster stabiler Demokratien.



1 Allseits beliebt sind Spekulationen über eine Minderheitsregierung. Da lässt sich rauf und runter analysieren, die Sache hat nur einen Haken: Wie soll das hierzulande gutgehen?

Es klingt demokratisch, dass sich eine Regierungspartei ohne Parlamentsmehrheit von Fall zu Fall für jeden Gesetzesbeschluss Verbündete sucht. Angesichts der Fraktionsdisziplin vulgo „Klubzwang“, demzufolge Abgeordnete geschlossen entlang ihrer Parteilinen abstimmen, wäre aber die freie Mehrheitsbildung ziemlich unfrei.

2 Also müsste eine ganze Partei mit Angela Merks CDU/CSU oder der Kurz'schen Volkspartei ein Abkommen schließen, um deren regierende Minderheit zu (unter-)stützen.

Für zentrale Beschlüsse wie das Budget ist eine grundsätzliche Übereinkunft notwendig. 1970/71 versprach Bruno Kreisky der FPÖ im Gegenzug ein für diese rechnerisch vorteilhaftes Wahlrecht. 2017 gibt es kaum Gründe, warum Freiheitliche oder Sozialdemokraten Kurz zum Minderheitskanzler machen sollten. Eine Regierungsbeteiligung zu verlangen, das ist einfacher und logischer.

3 Zudem wäre Kurz sozusagen Kanzler von fremden Gnaden, bis es der

ja aus allen anderen Parteien bestehenden Opposition in den Kram passt, ihn mittels Misstrauensvotum abzuberufen. Um derart instabile Verhältnisse zu verhindern, setzt man in der Schweiz auf eine Konzentrationsregierung und in Nieder- und Oberösterreich auf Proporzregierungen.

Durch Gewohnheitsrecht oder mittels Verfassung sind sämtliche Parteien mit einer bestimmten Stimmzahl automatisch an der Regierung beteiligt. Das soll einen breiten Konsens aller Gruppen erzwingen. Der Gedanke dahinter: Wer gemeinsam regiert, würde sich nicht allzu arg politisch bekriegen.

4 Das große Problem dabei: Je nach Wahlergebnis gibt es womöglich überhaupt keine Oppositionspartei mehr – in Oberösterreich etwa ist das passiert. Ein Parlament mit lauter Parteien, die sich in der Regierung selber kontrollieren, ist ein Widerspruch in sich. Was also tun, wenn Koalitionswänge ein kleiner gemeinsamer Nenner und Minderheitsregierungen zu wackelig sind?

Theoretisch ist ein Wahlrecht denkbar, bei dem die erstplatzierte Partei einen Bonus an Parlamentssitzen bekommt. Wer immer Erster wird, hat so gute Chancen auf eine absolute Mehrheit und alleiniges Regieren. Allerdings sind die Fallbeispiele dafür Griechenland und Italien keine Muster stabiler Demokratien.

Daher ist unser System gar nicht so schlecht.

Foto: www.picturedesk.com/Xinhua

Foto: www.picturedesk.com/Marios Lolos